

GERMAN INSTITUTE FOR ECONOMIC RESEARCH

1,3 % BIP-Wachstum = steigender Wohlstand?

Richtig? Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Wachstumsprognose im Herbstgutachten (September) für dieses Jahr von 0,6 auf 1,3 Prozent des BIP erhöht. Dies wird allgemein dahingehend interpretiert, dass Deutschland wieder auf Kurs sei. Aber ist das tatsächlich so?

Es ist festzustellen, dass öffentliche Aufträge, Subventionen und temporäre Förderprogramme zwar kurzfristig die Produktion und die Beschäftigung gestützt haben, dabei aber die Investitionsschwäche verschleiert. Eine nüchterne Betrachtung der Daten zeigt drei Befunde:

1. Ein erheblicher Anteil des Wachstums ist staatlich induziert.
2. Die Investitionsbasis bleibt schwach.
3. Es entsteht kein nachhaltiger realer Zugewinn, weil
 - a. die Wertverluste durch Alterung und Verschleiß sowie
 - b. erforderlichen Modernisierungen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, höher sind als die gemessenen Zuwächse.

Zu 1.: Der seit einigen Jahren beobachtete konjunkturelle „Aufschwung“ in Deutschland ist also in weiten Teilen kein Ausdruck einer selbsttragenden, nachfrage- und investitionsgetriebenen Erholung der privaten Wirtschaft, sondern weitgehend durch staatliche Nachfrage erzielt:

Bund und Länder haben ihre Ausgaben deutlich ausgeweitet: Infrastrukturprogramme, Rüstungsausgaben, Energie- und Klimasubventionen sowie gezielte Konjunkturpakete führen zu einem spürbaren Anstieg öffentlicher Aufträge. Diese staatliche Nachfrage wirkt sich unmittelbar auf Produktion und Beschäftigung in betroffenen Branchen aus. Es handelt sich also um einen durch Steuermittel **erkauften Aufschwung**. Wird er durch Kredite finanziert, ist es ein geliehener Aufschwung.

Entscheidend ist, dass solche Effekte die Auslastung zwar erhöhen und das Bruttoinlandsprodukt kurzfristig steigert, aber nicht automatisch die private Investitionsbereitschaft oder die Produktivität stärken. Ein durch staatliche Aufträge generiertes Wachstum ist anfällig für politische Zyklen: Läuft die staatliche Förderung aus, fällt die Nachfrage und es leidet die Konjunktur.

Zu 2.: Das Problem ist, dass die Investitionsquote seit Jahren unter dem Niveau liegt, das für die Erneuerung und Erweiterung der Wirtschaft erforderlich wäre, um Produktivitätsfortschritte der Konkurrenz sowie die demografischen Herausforderungen auszugleichen.

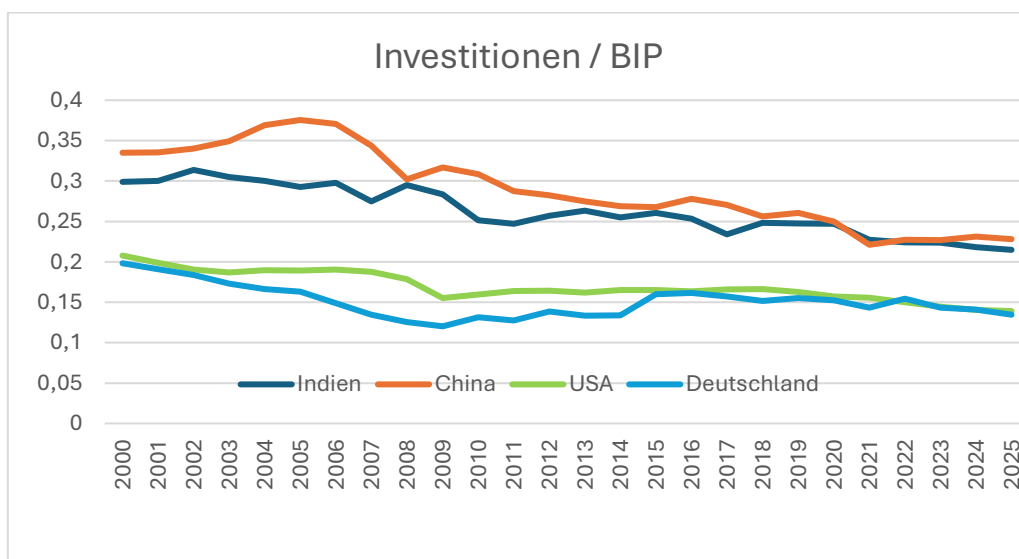


Abb.: Investitionen/BIP Eigene Graphik und Berechnung mit Daten der World Bank

Die Grafik veranschaulicht, dass die Investitionen Deutschlands im Verhältnis zum BIP gegenüber den aufstrebenden Nationen China und Indien deutlich zurückbleiben. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die Investitionen in Deutschland nur etwa 15,5 Prozent der Investitionen Chinas und den USA betragen.

In politischen Verlautbarungen werden einzelne Großprojekte oder Förderprogramme häufig als Beleg für eine positive „Investitionswende“ oder den Beginn eines allgemeinen „Konjunkturaufschwungs“ angeführt. Tatsächlich bleibt jedoch die Breite der Investitionstätigkeit (Maschinen, Anlagen, Forschung und Entwicklung ...) zurück. Diese selektive Darstellung verschleiern, dass viele Unternehmen aus Unsicherheit oder aufgrund ungünstiger Standortbedingungen **Investitionen zurückstellen oder ins Ausland verlagern**.

Zu 3.: Ein Anstieg der realen Wertschöpfung – also des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts – innerhalb eines Jahres bedeutet nicht automatisch, dass das Vermögen oder der Wohlstand einer Volkswirtschaft im gleichen Maße zunimmt. Aus dem realen BIP muss zunächst der Wertverlust des bestehenden Kapitalstocks abgezogen werden: Maschinen, Gebäude und Infrastruktur verlieren durch Verschleiß und Alterung kontinuierlich an Wert. Nur der verbleibende Nettozuwachs – also die realen Nettoinvestitionen – erhöht tatsächlich den volkswirtschaftlichen Wohlstand.

Hinzu kommt, dass eine Volkswirtschaft gegenüber ihren Handelspartnern zurückfällt, wenn diese höhere Produktivitätsfortschritte erzielen. Die internationale Effizienzsteigerung – gemessen als Total Factor Productivity (TFP) – bestimmt daher wesentlich, ob eine Volkswirtschaft relativ an Stärke gewinnt oder verliert. Ein reales BIP-Plus ist nur dann ein Wohlstandsplus, wenn die eigene Produktivitätsentwicklung mindestens mit jener der wichtigsten Handelspartner Schritt hält.

Preisbereinigt ist das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands zwischen 2024 und 2025 lediglich um 0,23 % gestiegen. Gleichzeitig ist der reale Kapitalstock – also der Bestand an Maschinen, Anlagen, Gebäuden und Infrastruktur – im selben Zeitraum um rund 0,03 % gesunken, weil die Abschreibungen die Investitionen leicht überstiegen. Die Effizienzsteigerung lag in Deutschland in den vergangenen Jahren bei etwa 0,6 % jährlich, während der Durchschnitt der G20-Staaten mit 1,0 bis 1,2 % pro Jahr etwa doppelt so hoch ausfiel.

Für 2026 wird zwar ein reales BIP-Wachstum von rund 1,3 % erwartet. Da die Investitionen jedoch zurückgehen und die Abschreibungen hoch bleiben, ist weiterhin mit einem leicht sinkenden realen Kapitalstock zu rechnen¹. Damit wird Deutschland voraussichtlich weiter an Boden verlieren. Die Wachstumsrate des BIP kann somit zu einer **Wachstumsillusion** verleiten: Ein höheres BIP bedeutet nicht automatisch mehr Wohlstand, wenn der Kapitalstock schrumpft und die Produktivität im internationalen Vergleich zurückbleibt.

¹ International Monetary Fund. (2026). *Germany: 2025 Article IV Consultation – Staff Report*. IMF Country Report No. 26/036. <https://doi.org/10.5089/9798229038546.002>

International Monetary Fund. (2026). *Press Release: Executive Board Concludes 2025 Article IV Consultation with Germany*. <https://www.imf.org>

OECD. (2026). *Economic Outlook – Germany*. (Die Suchergebnisse bestätigen „weak capital formation“.)

European Commission. (2026). *Country Report Germany*. (Investitionsschwäche und stagnierende Kapitalbildung.)

